

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einjahrespreis: 24 RM. (Vorauszahlung). Einzelnummern 10 Pf. (Vorauszahlung).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Das Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend erscheint am Sonntag nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 1,20 RM., bei Postbestellung 1,50 RM. Einjahrespreis: 12 RM. (Vorauszahlung). Einzelnummern 20 Pf. (Vorauszahlung).

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumzeile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachverrechnungsgeld 20 Reichspfennig. Vorlage und Blaupapierkosten sind zu zahlen. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit am Abend bis zum 10. Uhr, durch Fernruf übermittelten Anzeigen übergeben mit keine Garantie. In der Redaktion sind keine Anzeigen entgegenzunehmen. Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen eingereicht. Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen eingereicht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 139 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2040 Mittwoch, den 18. Juni 1930

Neuregelung des Notopfers

Proteststürme.

Nun hat sich ungefähr der ganze Reichstag in allen seinen Fraktionen — abgesehen von einigen kleineren, die vorläufig noch schweigen — gegen die „Reichsnotopfer“ Dr. Moldenhauers und mit ihm der Regierung erklärt. Gegen die vierprozentige Einkommenbesteuerung der Festbesoldeten und — je nach der Parteirichtung — auch gegen verschiedene Teile seiner Reform. Während die Regierung etwas zu laut und zu feierlich noch Ende vergangener Woche betonte, daß sie alles, also Arbeitsbeschaffungs-, Preisentlastungs-, Steuererhöhungs- und Ausgabenentlastungsprogramm, als ein unteilbares Ganzes betrachte. Nun hat sich gegen die „Reichshilfe“-Pläne Dr. Moldenhauers sogar jene Partei erklärt, der er selbst angehört. Und es besteht daher für das Kabinett Brünning nicht die Spur von Aussicht, seine Vorschläge, die jetzt bereits dem Reichstag zugeleitet sind, auf dem üblichen parlamentarischen Wege durchzubringen. Möglicherweise — das wäre ein mehrfach erfolgtes Vorkommnis — wird die „Reichshilfe“ in der Moldenhauerischen Form bereits im Reichstag „gillotiniert“ oder es wird sonst irgendein Wanderver vorbereitet, das dann hinter den Kulissen des Reichsrats oder des Reichstages spielen soll.

Denn damit ist ja unbedingt zu rechnen, daß nun die Regierung es ist, die entweder nachgeben oder gehen muß. Den Reichstag auflösen und ihn neuwählen zu lassen, wäre angesichts der gesamten politischen Situation nicht Regierungshandlung, sondern eine ebenso große Unmöglichkeit wie etwa der Versuch, mit Hilfe des Parlamentes 48 regieren zu wollen, — wobei es noch mehr als fraglich ist, ob der Reichspräsident mitmachen würde. Also bleibt der Regierung Brünning bzw. ihrem Finanzminister Dr. Moldenhauer kaum etwas anderes übrig, als entweder seine neuen Vorschläge zu machen oder sich solche machen zu lassen, — und dabei das nicht gerade angenehme Gefühl mit sich herumzutragen, daß man sich mit der letzten parlamentarischen „Wochenend“-Erklärung reichlich weit vorgewagt hat.

Es regnete ja Proteste von allen Seiten und unberechtigt waren sie durchaus nicht. Daß überdies die Regierung sehr geschickt operierte, auch eine hierbei sehr notwendige Berücksichtigung massenpsychologischer Strömungen und Tendenzen erfolgen ließ, verneint selbst die Presse des Kabinetts. Die Opposition aber fand darin scharfe Waffen. Am Arbeitsbeschaffungsprogramm bröckelt es auch, weil die Reichsbahn erlösen mußte, sie könne von ihrem 240-Millionen-Anteil an dem Ertrag der Young-Anleihe nichts hergeben für diese Zwecke, sondern brauche das Geld zur Deckung des laufenden Defizits. Mit der Preisentlastung — und gerade deswegen ist ja die Deutsche Volkspartei so sehr gegen die „Reichshilfe“ — wird natürlich gar nichts, wenn das Reich gleichzeitig damit die Steuerstränge in der Art anzieht, wie Dr. Moldenhauer und das Kabinett es vorschlagen. — Bis her wenigstens!

Denn was nun als nächstes Programm aufzutreten wird, nachdem das jegliche keinerlei Aussicht auf eine parlamentarische Contoirgespräche als fertige Verhandlungslösung gibt es ja eine ganze Menge, aber die „Situation“, wie unsere früheren „I. u. I. Bundesgenossen“ zu sagen pflegten, ist doch jetzt so, daß die Regierung ganz allein von sich aus und ohne sich mit den Regierungsparteien auch nur einigermaßen zu verständigen nicht wie gewöhnlich aus dem Busch mit neuen oder geänderten Vorschlägen hervorbekommen kann. Sie hat eine Art stillschweigendes Mißtrauensvotum erhalten.

Auch die Deutsche Volkspartei hat sich aber nicht damit begnügt, nur die „Reichshilfe“ abzulehnen, sondern schlägt die Reichsdefizit vor allem durch eine sofortige Ausgabenentlastung möglichst zu verkleinern. Ähnliches hat ja auch der Sanjabinus angeregt, der nach dieser Richtung hin ganz bestimmte Vorschläge gemacht hat. Steuererhöhungen seien dann nur in geringem Umfange notwendig und nicht dringender Art. Und da mag ein ganz radikaler Vorschlag erwähnt sein: Kürzung aller Staatsausgaben um fünf Prozent. Der hört sich zwar sehr einfach an, ist aber höchstens nach der sächsischen Seite durchführbar. Das eine aber geht mit größter Augenmerklichkeit aus der ganzen „Situation“ hervor: Wie der Reichstag mal jetzt der Karren fest. Und mit „Machtproben“ ist er nicht mehr vorwärtszubringen.

gerung vertreten. Es darf schon jetzt als wahrscheinlich gelten, daß die Vorlage über das Notopfer bereits im Reichsrat fallen wird. Das preussische Kabinett, das sich mit den Vorlagen eingehend beschäftigt hat, wird im Reichsrat einen anderen Weg zur Deckung des Staatsdefizits für 1930 vorschlagen: statt des vierprozentigen Notopfers einen 2½-prozentigen Beitrag aller Festbesoldeten zur Arbeitslosenversicherung. Auch andere Länder werden Abänderungsanträge vorbereiten, weil sie das Notopfer ablehnen.

Aber die Vorschläge Preußens wird des näheren bekannt: Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangezogen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin umgestaltet werden, daß für die Angestellten die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahreseinkommen aufgehoben wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2½ Prozent des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2½ Prozent entrichtet werden. Ähnlich sollen die Leistungen der Beamten bemessen werden, nur daß hier lediglich die selbst 2½ Prozent ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden aus nabellegenden Gründen von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen, wie gesagt, unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugewandt werden, die man über den außergewöhnlichen Kostendruck dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig sanierter werden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder befristet werden.

In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen geschlossen werden.

Ausbau der Ledigensteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, Schankverzehsteuer.

Die Vorschläge der preussischen Staatsregierung ergeben nach amtlicher Mitteilung gegenüber dem Deckungsprogramm der Reichsregierung eine Mindereinnahme von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Ledigennotopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehreinnahme von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verkürzung der Befoldung nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen. Besonders bedenklich ist dies für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden.

Die preussische Staatsregierung beschloß daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Gemeindegetränksteuer in der Form einer Schankverzehsteuer vorzuschlagen.

Sachsen gegen das Notopfer.

Von der sächsischen Staatskanzlei wird amtlich mitgeteilt: Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten ein Teil eines auf Senkung der Preise, der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht irgendwie gewährleistet ist, eine so einseitige und schematische Belastung eines Volksteiles als nicht am Platze erscheint.

Rededuell Wirth-Frick im Reichstag

Für und wider Thüringen.

Bärm im Reichstag. Berlin, 17. Juni

Der Reichstag setzte am Dienstag die Aussprache über den Etat des Reichsinnenministeriums fort. In der Debatte spielte die Frage Thüringen wieder eine große Rolle. Die Debatte wurde gewürzt durch ein Rededuell zwischen dem thüringischen Innenminister Dr. Frick, der bekanntlich auch nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ist, und dem Reichsinnenminister Dr. Wirth. Als Dr. Frick die Rednertribüne betrat, stürzte sich der Saal und es ging während seiner Ausführungen zeitweilig sehr stürmisch zu. Während der Vorkämpferin haagete es Ordnungsrufe und der nationalsozialistische Abgeordnete Göbbels wurde vom Reichstagspräsidenten aus dem Saale gewiesen. Die Rede Dr. Wirth nahm das Haus ruhig entgegen, und sobald das Rededuell beendet war, ließ das Interesse der Abgeordneten an den Verhandlungen stark nach.

Sitzungsbericht.

(17. Sitzung.) OB. Berlin, 17. Juni

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. von Kardorff (D. Sp.) bespricht zunächst die Lage des höheren Schulwesens und warnt davor, ein kellenloses akademisch gebildetes Proletariat heranzuzüchten. Im Konflikt mit Thüringen billigte der Redner das Vorgehen des Ministers. Er habe es schon früher bedauert, daß er in der thüringischen Regierung auch seine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe. Nationalsozialisten gehörten nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht in leitende Beamtenstellen. (Abg. Stöhr [Nat. Soz.] erhob wegen unparlamentarischer Juruse zwei Ordnungsrufe.) Der Frische Entschluß wegen der Schulgebete sei eine Blasphemie. (Groß Unruhe bei den Nationalsozialisten. Ihr Abgeordneter Stöhr wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er rief: Das ist zum Kragen!) Im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Thüringen betont der Redner die

Notwendigkeit der Bekämpfung der Reichsreform, die mit der Selbstständigkeit der Einzelstaaten Schluß macht. Die Uniformverbote seien zu begrüßen, die Durchführung der Waffensperre müsse noch energischer erfolgen als bisher. Bei der Wahlreform halte die Deutsche Volkspartei an der Verhältniswahl fest. Eine Reichstagsauslösung werde hoffentlich vermieden werden. Sie wäre zu vergleichen mit Selbstmord aus Angst vor dem Tode, denn der aus den Neuwahlen hervorgehende Reichstag würde auch nicht arbeitsfähig sein. Das Notopfer lehne die Deutsche Volkspartei ab.

Abg. Dreßler (Wirtschaftspartei) jagt aus, die Wirtschaftspartei sei immer bestrebt gewesen, an der Gesetzgebung politisch mitzuarbeiten. Diese Mitarbeit sei ihr aber von der alten Partei immer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Bedauerlich sei es, daß man jetzt von Notopfer und Reichshilfe spreche, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Die

Ansurbelung der Wirtschaft dürfe nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Gehaltskosten. Der Redner beantwortete den Antrag seiner Partei, das Wahlalter auf 24 Jahre heranzuführen. Der Redner forderte schließlich energische Ausgabenlenkung, wozu auch eine Änderung des Besoldungsgesetzes, Vorgehen gegen die hohen Pensionen, die übermäßig hohen Gehälter und den Umfang der Ministerialzulagen sowie Verabfolgung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten gehören.

Abg. D. Rumm (Dm. Arbeitsem.) bedauert die Zuspaltung des Konfliktes in Thüringen. Zur Frage der Schulgebete erklärt er, daß einige nicht zu beanstanden seien, andere aber mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar seien.

Der Abg. trat weiter für das Schulgesetz ein, das aus finanziellen Gründen nicht verzögert werden dürfe. Hinsichtlich des Stahlhelmschulverbots hofft der Redner, auf dem Wege ruhiger Verhandlungen zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Abg. Leich (D. Sp.) schloß sich in der Frage des Konflikts mit Thüringen der Auffassung des Abg. von Kardorff an. In kirchliche Gebete dürfe eine politische Partei nicht hineinreden. Man dürfe auch nicht die Verurteilung einer ganzen Gruppe von Volksgenossen in die Gebete einschleichen. Das Uniformverbot müsse allgemein durchgeführt werden und nicht einseitig.

Abg. Dr. Kätz (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Gebete mit politischer Tendenz seien vom religiösen Standpunkt aus das Widersichtige, was es geben könne. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) führte aus, der Kampf gegen Thüringen habe groteske Formen angenommen. Die richtige Antwort auf die Sperrung der Polizeizuschüsse wäre es,

den thüringischen Finanzämtern die Ablieferung der Gelder an das Reich zu unterlagen.

(Großes Gelächter links.) Die Verhaftung der Polizei habe in der Folge die Besetzung einiger Stellen notwendig gemacht. Die thüringische Regierung habe dabei nicht das preussische Beispiel übernommen, verdiente Parteigenossen an die Spitze zu bringen, sondern Verwaltungsbeamte vorgeschlagen, die den allgemeinen Befähigungsnachweis erbracht hätten. (Lärm und Juruse von links.) Das Vorgehen des Innenministers widerspreche der Verfassung. Der unpolitische Charakter der Polizei sei in Thüringen durchaus gewahrt. Es sei überhaupt Unfug, daß Nationalsozialisten nicht Polizeibeamte sein dürften, wenn sogar der oberste Chef der Polizei Nationalsozialist sei.

Preussische Änderungsvorschläge zum Deckungsprogramm.

Beratungen im Reichsrat.

Im Reichsrat soll am Mittwoch die Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Beratung gelangen. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer will sie namens der Re-